



Der Zürcher Bote

WOCHEZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

ZWEITER WAHLGANG STÄNDERATSWAHLEN MIT HANS-UELI VOGT

Eine wichtige Weichenstellung für die SVP

Am 22. November trete ich zum Zweiten Wahlgang der Zürcher Ständeratswahlen an. Die Kantonalpartei und ich haben uns gut überlegt, ob wir das wollen. Und wir sind zum Schluss gekommen: Wir müssen! Nicht für die Partei und nicht für mich, sondern weil wir es den Menschen im Kanton Zürich, die sich am vorletzten Wochenende für unsere Politik entschieden haben, schulden.

Eine ungeteilte bürgerliche Standesstimme ist nach der Wahl von Daniel Jositsch (SP) nicht mehr möglich. Was es jetzt braucht, ist ein echtes Gegen gewicht zu ihm, damit die Zürcher Standesstimme wenigstens ausgeglichen ist.

NEBS gegen SVP

Wir müssen zum Zweiten Wahlgang antreten, weil der Kanton Zürich im Ständerat nicht durch zwei EU-Beitrittsbefürworter vertreten sein darf. SP-Ständerat Daniel Jositsch war Präsident der Zürcher Sektion der NEBS (Neue Europäische Bewegung Schweiz), die sich für einen raschen EU-Beitritt einsetzt; die NEBS hat ihm darum auch zur Wahl in den Ständerat gratuliert.

Und seine Partei will erklärtermaßen der EU beitreten. Es stellt sich darum nun die Frage, ob diejenigen 80 Prozent der Stimmberechtigten im Kanton Zürich, die gegen einen EU-Beitritt sind, im Ständerat zu 100 Prozent durch zwei EU-Beitrittsbefürworter vertreten sein sollen.

Angesichts der desolaten Situation der EU (Flüchtlingskrise, Schuldenwirtschaft usw.) stehen die EU-Beitrittsbefürworter jetzt selbstverständlich nicht mehr offen zu ihren Absichten. Das war aber noch vor nicht allzu langer Zeit anders.

Über Konsolidierung hinaus

Der Ständeratskandidat der Grünen wie auch derjenige der FDP haben 2009 vom Bundesrat nächste Schritte in der Europapolitik verlangt, die «über die Konsolidierung der bisherigen bilateralen Beziehungen mit der EU hinausgehen». Und der Ständeratskandidat der FDP hat 2007 das «Label Europa 2007» dafür erhalten, dass er gelobt hat, «die Interessen der Schweizerinnen und Schweizer, die eine

EU-Mitgliedschaft befürworten, zu vertreten» sowie «den Prozess mitzugestalten, der zu einer EU-Mitgliedschaft der Schweiz führt».

Verhältnis zur EU klären

Werden Politiker, die sich 2007 und 2009 für einen EU-Beitritt ausgesprochen haben und sich 2015 – angesichts der Krise der EU – von ihren Äußerungen distanzieren, zur Schweiz stehen, wenn die EU die Schweiz mit dem Abschluss eines Rahmenabkommens unter Druck setzt?

Wollen wir in den nächsten Jahren, wenn die Schweiz ihr Verhältnis zur EU klären muss, auf Politiker setzen, die noch vor nicht allzu langer Zeit gesagt haben, dass die Schweiz der EU beitreten soll?

Nein. Und darum müssen wir zum 2. Wahlgang antreten, weil der Kanton Zürich nicht durch zwei EU-Beitrittsbefürworter im Ständerat vertreten sein darf.

Doch damit nicht genug

Wir müssen zum Zweiten Wahlgang antreten, weil der Kanton Zürich im Ständerat nicht durch zwei Politiker vertreten sein darf, die gegen eine Begrenzung der Zuwanderung sind und an der heutigen Personenfreizügigkeit festhalten wollen.

Wir müssen zum Zweiten Wahlgang antreten, weil der Kanton Zürich im Ständerat nicht durch zwei Armeekritiker vertreten sein darf (beide sind bereit, den Bestand der Armee sogar auf 80 000 Mann zu reduzieren).

Wir müssen zum Zweiten Wahlgang antreten, weil der Kanton Zürich im Ständerat nicht durch zwei Politiker vertreten sein darf, die wollen, dass die

Schweiz am EU-Flüchtlingsverteilungssystem teilnimmt, und die sich für Gratisanwälte für alle Asylsuchenden aussprechen.

Wir müssen zum Zweiten Wahlgang antreten, weil der Kanton Zürich im Ständerat nicht durch zwei Gegner einer produzierenden Schweizer Landwirtschaft vertreten sein darf.

Wir müssen zum Zweiten Wahlgang antreten, weil der Kanton Zürich im Ständerat nicht durch zwei Politiker vertreten sein darf, die für einen Sitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat sind und damit unsere Neutralitätspolitik verletzen.

Wir müssen zum Zweiten Wahlgang antreten, weil der Kanton Zürich im Ständerat nicht durch zwei Gegner der Ausschaffungsinitiative vertreten sein darf.

Am 22. November geht es um eine Weichenstellung in den für die SVP wichtigsten Politikbereichen: Unabhängigkeit der Schweiz gegenüber der EU, konsequente Ausländer- und Asylpolitik, Neutralität und Selbstbestimmung, produzierende Landwirtschaft. Die SVP kann nicht glaubwürdig während Jahren und vor allem auch im Wahlkampf ihre Position in diesen Bereichen hartnäckig vertreten, nur um sich aus einem Wahlkampf zurückzuziehen, kaum wird es etwas schwieriger, das Ziel zu erreichen.

Für eine ausgeglichene Standesstimme

Unterstützen Sie mich darum im Zweiten Wahlgang! Fordern Sie Ihre Freunde, Bekannte und Verwandte auf, am 22. November nochmals wählen zu gehen.

Helfen Sie mit beim Verteilen von Flyern und überzeugen Sie die Menschen auf der Strasse. (Flyer sind über Tragen Sie zu einem echten Gegengewicht zu SP-Ständerat Daniel Jositsch bei. Tragen Sie zu einer ausgeglichenen Standesstimme bei. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung!

Hans-Ueli Vogt

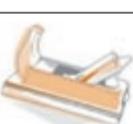
Ständerat



Hans-Ueli
Vogt

2. Wahlgang 22. Nov.





Schreinerei
Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch



Ihr Spezialist für Türen

GOAL GLOSSAR

Klarheit

abgeleitet von klar; <lat.> clarus – «klar, glänzend, hell»

Damit eine Kampagne erfolgreich sein kann, muss sie eine klare Aussage haben. Denn nur so lassen sich die Wählerinnen und Wähler überzeugen, motivieren und gewinnen. Und nur so winkt am Ende ein «glänzender» Abschluss.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

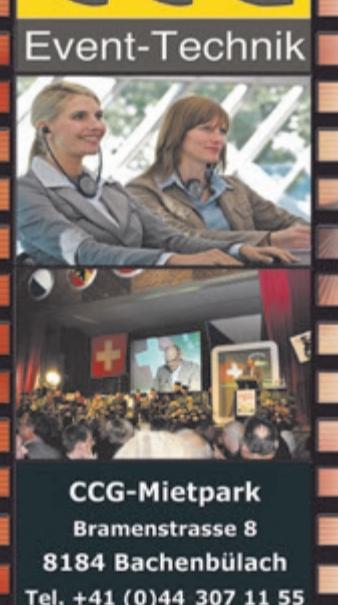
IMBACH
wandern weltweit



Wanderreisen in kleinen Gruppen oder individuell

Bestellen Sie den neuen Katalog bei:
Imbach Reisen, 6000 Luzern
Tel 041 418 00 00, info@imbach.ch
www.imbach.ch

CCG
Event-Technik





Christoph Mörgeli

Aussensicht mit Vorurteilen

Zu Beginn der Achtzigerjahre berichtete ein Auslandkorrespondent des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* über Studentenproteste gegen den «Schweizer Bildungsminister Albert Gilgen». Gemeint war der Zürcher Erziehungsdirektor Alfred Gilgen. Bei diesem journalistischen Feinhandwerk fragte man sich unwillkürlich, welchen Unsinn die Spiegel-Korrespondenten ihren ahnungslosen Lesern wohl über Bergkarabach oder Burkina Faso vorsetzen. Dabei hätten solche Berichterstatter die wichtige Aufgabe, das Heimpublikum sachgerecht über Vorgänge in fremden Ländern zu informieren.

Da war etwa Wolfgang Koydl, Schweiz-Korrespondent für die Süddeutsche Zeitung. Der weltgewandte Koydl zog neugierig hierher, liess sich auf die Eingeborenen und deren seltsame Gebräuche ein und erklärte seinen Lesern mit Verständnis und Humor, warum die Schweizer anders ticken. Sein Buch «Die Besserkönnner» geriet zur Liebeserklärung an das Gastland. Doch das wars wohl nicht, was seine Chefs in München lesen wollten. Koydl arbeitet heute nicht mehr für die SZ. Sonderlich für die Weltwoche. Seiner Nachfolgerin als Schweiz-Korrespondentin, Charlotte Theile, wird solches nicht passieren. Auch sie geniesst zwar die hiesige Lebensqualität, schreibt aber genau das, was ihre Leser der Süddeutschen schon immer wussten. So meldet Theile nach den SVP-Wahlen den «Sieg der Rechten mit ihren Angstparolen». Sie tadelte die Schweiz wegen deren «restriktivem Umgang mit den Flüchtlingen» und bedauert die «Schweizer Finanzministerin im Visier der Rechtspopulisten». Christoph Blocher ist ein «Underdog-Politiker», Toni Brunner «spricht Hochdeutsch, aber nicht gern».

Derselbe Meister des limitierten Fachs ist Johannes Ritter, Schweiz-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Auch Ritter bedient die platten Vorurteile seiner deutschen Leser weit über die Schmerzgrenze: «Die Schweizer sind am reichsten.» – «Die Schweizer horten Bargeld.» – «Zuwanderungsinitiative: Die Schweiz sägt am eigenen Ast.» – «Schweizer Käse, wo sind die Löcher hin?» Die Weltwoche sei «die Prawda der SVP». Blocher habe «polemisiert und polarisiert» – dabei sei er «Pastorensohn». Zum Glück gabs aus Bundesrat Ueli Maurer keinen Uli. Denn für Uli kennt F.A.Z.-Korrespondent Ritter noch weniger Pardon: «Die Bank, die von Hoeneß profitiert.»

EVELINE WIDMER-SCHLUMPF UND DIE FOLGEN

Die Bestatterin

Ob sie bleibt oder ob sie geht: Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wird in die Geschichte eingehen. Und zwar als Bestatterin des Schweizer Bankgeheimnisses.

Unterstützung kommt nur noch von ganz links. SP-Präsident Christian Levrat beschallt das Land mit dem trotzigen Ausruf, seine Partei werde die Finanzministerin sicher wiederwählen. Es tönt mehr nach schepperndem Megafon als nach gut abgestimmter Symphonie. Dies war 2007 beim Coup ihrer klammheimlich inszenierten Wahl noch anders. Doch mittlerweile windet sich sogar CVP-Chef Christophe Darbellay. Widmer-Schlumpfs Treulosigkeit von gestern bildet keine tragfähige Basis für christdemokratische Treue von heute. Immerhin gebärden sich noch ein paar Journalisten als überzeugte Mitglieder ihres Wiederwahlvereins. Es gebe keinen Grund, sie nicht zu wählen – so deren Meinung. Sie irren. Der Grund liegt ganz einfach in der Tatsache, dass der Kleinstpartei BDP der Rückhalt in der Bevölkerung fehlt. Unsere Verfassung sieht die bundesrätlichen Gesamterneuerungswahlen deshalb alle vier Jahre jeweils nach den Parlamentswahlen vor, damit sich die Wahlergebnisse in der Landesregierung abbilden.

Doppelte Täuschung

Eveline Widmer-Schlumpf vermochte ihren SVP-Parteikollegen Christophe Blocher vor acht Jahren mit einer doppelten Täuschung zu verdrängen. Sie täuschte ihre Parteifreunde Ueli Maurer («Ohne Unterstützung der Fraktion würde ich das nie machen») und Toni Brunner («Eine Bundesratswahl kommt für mich nicht in Frage»). Sie täuschte aber auch sich selber, indem sie den zweiten SVP-Bundesratssitz beanspruchte. Denn es hätte ihr damals klar sein

müssen, dass die SVP einzig wegen Blochers Politik überhaupt Anspruch auf zwei Sitze erheben konnte. In allen Fragen, welche die SVP von den andern Bürgerlichen trennte, vertrat sie die Meinung von FDP und CVP. Ihre Behauptung, sie habe den Sitz im Interesse ihrer Partei gehalten, war reine Heuchelei. Denn die SVP-Delegierten hatten vorgängig mit 334 zu 5 Stimmen entschieden, bei Nichtbestätigung ihrer Bundesräte den Gang in die Opposition anzutreten. Als das Schweizer Fernsehen das Ausmass ihrer vorgängigen Absprachen mit politischen Gegnern belegte, zog die SVP die Konsequenzen. Mittlerweile hat die Volkspartei frühere Wählerverluste längst wieder wettgemacht, ja übertroffen. Statt ständig zu schimpfen, befolgte sie beim Thema Widmer-Schlumpf irgendwann das Motto der Franzosen nach der deutschen Annexion von Elsass-Lothringen: «Toujours y penser, jamais en parler.»

Misstrauen statt Vertrauen

Die Bilanz des achtjährigen Wirkens der Bündnerin ist aus bürgerlicher Sicht beklagenswert. Ihre Personalpolitik bestand einerseits im Entfernen angeblicher Sündenböcke der Verwaltung, anderseits im sturen Festhalten am Wählungsspekulanten Philipp Hildebrand. Ihre hektischen «Reformen» im Migrations- und Flüchtlingswesen führten ins Chaos – und vor allem zum starken Anstieg der Asylgesuche. Ihre angeblich so glanzvolle Bewältigung der Finanz- und UBS-Krise bestand im Abnicken der Konzepte von Nationalbank-Vordenker Thomas Jordan.

Die Finanzministerin sprach gerne von «Rechtssicherheit», um dann die Gesetze im Monatstakt zu ändern. Unter Rechtssicherheit verstand sie Amtshilfe auch bei Gruppenanfragen, ja selbst bei gestohlenen Steuerdaten. Sie unterstützte den «OECD-Standards» des automatischen Informationsaustausches, ohne das der Schweiz zustehende Votorecht oder das Mitwirkungsrecht des Parlaments auch nur zu erwägen. Für die Abschaffung des Bankgeheimnisses auch im Inland schickte sie kantone Finanzdirektoren, den befreundeten Raiffeisen-Chef und ihren BDP-Präsidenten aufs Podium. Wann immer Widmer-Schlumpf nachgab, tat sie es unter Hinweis auf «internationale Standards».

Wollen wir wirklich «internationale Standards» statt Schweizer Standards?

Etwas bei unseren Löhnen, Sozialleistungen oder Spitäler? Wann immer sie einnickte, fehlte nie die Erwähnung ansonsten zu erleidender «Reputationschäden». Dabei dachte sie an die eigene Reputation bei den Ministerkollegen statt an die Reputation bei Kunden in aller Welt, die unser Land dank Bankgeheimnis und Privatsphärenschutz einst genossen hat.

Geist von Misstrauen und Fiskalismus

Eveline Widmer-Schlumpfs Steuerstrafrechtsrevision atmet aus jeder Pore den Geist von Misstrauen und Fiskalismus; neu sollen den Steuerbehörden Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Einvernahmen erlaubt sein. Die «schwarze Steuerhinterziehung» wird zum Straf-

delikt, auch wenn keine Urkundenfälschung vorliegt. Bei der Revision des Geldwäschereigesetzes erklärte Widmer-Schlumpf zweimal wahrheitswidrig, selbst die Bankiervereinigung habe sich für die Vorlage ausgesprochen und spiele gerne Steuerpolizei. Ihre Unternehmenssteuerreform verlangt eine linke Kapitalgewinnsteuer und eine Wegzugsteuer für In- und Ausländer. Das Finanzdienstleistungs- und das Finanzinstitutsgesetz übernehmen durchs Band konsumentenfeindliche EU-Regulierungen. Und der weitere «Dialog» mit der EU bestünde zweifellos im weiteren beliebigen Nachgeben.

Zu Dank verpflichtet sind Widmer-Schlumpf einzigt die Profiteure des Bundespeckgürtels, der sich heute fetter als je präsentierte: Seit 2007 ist der Aufwand für die Bundesbeamten um 1,1 Milliarden Franken gestiegen. Die 37'000 Bundesangestellten mit einem Durchschnittslohn von 121'000 Franken müssten der Finanzministerin ein nettes Weihnachtskärtchen schreiben. Die deutlich weniger verdienenden Angestellten des Finanzplatzes sollten das eher bleiben lassen.

Sie werden wegen dem staatlichen Würgegriff zu Tausenden ihre Stelle verlieren – die jüngste Pleite der Privatbank Hottinger war nur ein Vorgeschnack. Möglich, dass Eveline Widmer-Schlumpf abtritt, bevor sich solche Schlagzeilen häufen. Möglich, dass sie trotzdem antritt. Dann täte die SVP gut daran, sich ihrer Sache nicht allzu sicher zu sein. Denn also heisst's in Matthäus 26: «Der Verräter schlüpft nicht.»

Christoph Mörgeli

Aus der Weltwoche vom 29. Oktober 2015

AKTION MEDIENFREIHEIT FORDERT TRANSPARENZ

Verwendung von Gebührentgeldern muss transparent sein

Die von der Zürcher SVP-Nationalrätin Natalie Rickli präsidierte Aktion Medienfreiheit ist erfreut, dass die SRG letzte Woche bekannt gegeben hat, die Kosten von TV-Sendungen künftig zu veröffentlichen. Das ist ein richtiger Schritt, um gegenüber den Steuer- und Gebührentzahldern mehr Transparenz über die Verwendung ihrer Gelder zu schaffen. Die Verlautbarung der SRG ist eine Reaktion auf die Motion des Vizepräsidenten der Aktion Medienfreiheit, Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP), welche der Nationalrat am 25. September überwiesen hat.

pd. Wer über 1,2 Mia. Franken öffentliche Gelder bezieht, muss über die Verwendung derselben Rechenschaft ablegen. Vor diesem Hintergrund reichte Nationalrat Christian Wasserfallen im Juni 2015 eine Motion mit dem Titel «Kostentransparenz schaffen und Kosteneffizienz steigern» ein (15.3603). Er forderte die Verpflichtung der SRG, die Verwendung der neuen Mediensteuer im Geschäftsbericht detailliert auszuweisen.

Es sei eine umfassende sowie transparente Kostenrechnung nach Sendungen, Sparten und Sendern zu verlangen. Der Bundesrat unterstützte die Motion Wasserfallen in seiner Stellungnahme vom 19. August, der Nationalrat überwies sie am 25. September.

Ein erster Schritt

Diesen Forderungen will die SRG gemäss einer heute veröffentlichten Medienmitteilung teilweise nachkommen. Die Kosten zahlreicher Fernsehformate von SRF werden ab sofort im Internet aufgeführt. Auch RSI, RTR und RTS werden ihre TV-Sendungskosten «in den kommenden Monaten umfassend aufbereiten, um sie im Frühling 2016 zu kommunizieren», so die Ankündigung der SRG. Zudem werde die SRG die Kosten von Fernsehsendungen «in geeigneter Form» auch im Geschäftsbericht ausweisen.

Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, auch wenn die angeführten

pauschalen Kostenschätzungen nicht überall gleich aussagekräftig und wenig übersichtlich dargestellt sind. Weitere Zahlen der SRG bleiben nach wie vor im Dunkeln.

Budgetfragen ansprechen

Kostentransparenz ist eine wichtige Voraussetzung für die Diskussion des Grundleistungsauftrags. In der «Service Public»-Diskussion müssen auch Budgetfragen angesprochen werden. Zudem wird sich zeigen, dass diverse Sendungsformate gut von privaten Anbietern produziert werden könnten und es darum nicht nötig ist, öffentliche Mittel dafür einzusetzen. Die Transparenz über die SRG-Finanzen wird erlauben, die Gebühren bzw. die künftige Mediensteuer entsprechend zu senken.

Die Aktion Medienfreiheit wird die Zahlen der SRG weiter analysieren und dafür kämpfen, dass die Verwendung der Gebührentgelder bzw. der künftigen Mediensteuer gegenüber den Steuerzahldern transparent dargelegt wird.

Die «Aktion Medienfreiheit» setzt sich ein für eine Stärkung der Meinungsvielfalt und für unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen im Medienbereich. Medienvielfalt stärkt Meinungsvielfalt – ein zentrales Anliegen jeder Demokratie. Die «Aktion Medienfreiheit» kämpft gegen unnötige gesetzliche Interventionen – vor allem auch im Bereich der neuen Technologien. Nur Eigenverantwortung und Innovation bringen Fortschritt.

Die österreichische Regierung ist gegenwärtig in einer Krisensitzung, es gibt Gerüchte über den Bau von Sperren an der Südgrenze um die österreichischen Grenzübergänge zu Slowenien. Doch so rasch sind die nicht gebaut, die 7000 nicht nach Deutschland ziehenden pro Tag sind bereits in Österreich. Was geschieht, wenn nun die österreichischen Busse mit den 7000 nicht hereingelassen an-

stellen nach Norden einfach nach Westen fahren an die Schweizer Grenze? Was sollen dann die wenigen Grenzwächter ausrichten gegen fanatisierte Flüchtlinge?

Die Armee kann auch nicht so rasch mobilisiert werden, wenn es in Bern klemmt. Bis jetzt kamen nur etwa 100 pro Tag aus Österreich, welche die Zivilschutzzanlagen in St. Gallen füllten.

LESERBRIEF

Nein zur masslosen Limmatbahn

Am 22. November entscheiden wir Zürcher Stimmbürger an der Urne darüber, ob das Limmattal parallel zu den drei S-Bahnen (S 3, S 12 und neu S 19) noch eine Limmatbahn erhalten wird.

Sie soll von Altstetten ins Niemandsland von Killwangen AG führen. Die Abstimmungsunterlagen kommen zur Zeit in unsere Briefkästen. Der Regierungsrat und die Mehrheit des Kantonsrates forcieren das Projekt.

Die Bevölkerung des Limmattals will das aber ganz sicher nicht. Daran besteht kein Zweifel. Sie hat das überbordende Wachstum satt. Schlieren und Dietikon sind in den letzten fünf Jahren mit 15 Prozent mehr als doppelt so stark gewachsen wie der Rest des Kantons.

Im Limmattal wollen wir mehr Ruhe, Lebens- und Umweltqualität. Der Kanton will aber, dass die zwei wachstumsgeplagten Städte Schlieren und Dieti-

kon auch in Zukunft den Grossteil des Bevölkerungswachstums im Kanton aufnehmen. Das ist Sankt Florian Politik in Reinkultur: Heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus, zünd' and an.

Wir entscheiden an der Urne über einen Kredit von 510 Mio. Franken. Gleichzeitig sollen 136 Mio. Franken für den Ausbau des Strassennetzes beschlossen werden. Dies ist das Zükkerchen für die Automobilisten, damit auch diese dem masslosen Projekt zustimmen.

Gesamthaft werden die Kosten des Limmattaler Langsam-Trams rund 1 Milliarde Franken betragen, 70 Mio. pro Kilometer.

Der Kanton Zürich muss doch 700 Mio. Franken sparen. Hier ist die beste Gelegenheit. Stimmt am 22. November bitte NEIN!

Hans Geiger, Weiningen

AUS DEM KANTONSRAT

Keine Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene

Der Zürcher Kantonsrat hat dieses Woche seine Traktandenliste in einer Doppelsitzung abgearbeitet und damit für die Budgetdebatte reinen Tisch gemacht. Unter anderem hat er eine Parlamentarische Initiative der SVP vorerst unterstützt, die fordert, dass vorläufig Aufgenommene keine Sozialhilfe mehr bekommen.



Margreth Rinderknecht
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

Die SVP hält an den Forderungen und den Argumenten fest, wonach vorläufig Aufgenommene durch die Streichung des Paragraphen 5d im Sozialhilfegesetz nicht nach den Richtlinien der SKOS mit Sozialhilfe entschädigt werden sollen. Vorläufig Aufgenommene sollen sich weiterhin selber um ihre Integration und Aufnahme bemühen und nicht durch falsche Anreize und durch gleiche Unterstützungsansätze wie bei Aufgenommenen belohnt werden. Integrationswillige sollen sich um ihren Status durch Eigenverantwortung und Initiative bemühen. Die Finanzhaushalte der Gemeinden und Kantone würden mit der Streichung des Paragraphen entlastet. Ein ähnlicher Vorstoss war 2011 an der Urne gescheitert. Der SVP-Vorstoss wurde mit den Stimmen von FDP, glp und EDU unterstützt und mit insgesamt 84 Stimmen überwiesen.

Zugangsnormalien und dezentrale Arbeitsplätze

Zwei Postulatsberichte zu Baubereichen wurden in kurzen Diskussionen beraten und abgeschrieben. Im ersten ging es um die Anpassungen der Zugangsnormalien. Nach dem Kommissionspräsidenten Erich Bollinger (SVP, Rafz) nahm als Vertreter der SVP Christian Mettler (Zürich) Stellung. Die Zugangsnormalien bestimmen Mindestbaubreiten von verschiedenen Zugangsarten in Abhängigkeit zu den erschlossenen Wohnneigkeiten. Die fast dreissig Jahre alten Zugangsnormalien sind bereits angepasst worden. Unter dem Arbeitstitel «Erschliessungsverordnung» wird mittelfristig eine Revision angestrebt, unter Einschluss der Strassenabstandsverordnung und der Verkehrssicherheitsverordnung. Das zweite Postulat befasste sich mit den Möglichkeiten dezentraler Arbeitsorte für die Kantonale Verwaltung. Im Bericht äusserte sich der Regierungsrat zu gleitenden Arbeitszeiten und Pensenreduktionen, zu Home-Office (oder Heimarbeit), aber auch zur Siedlungsentwicklung in Bezirkshauptorten und grösseren Städten im Hinblick auf die Ansiedelung von kantonalen oder privaten Arbeitsplätzen.

Nachtzielgeräte für die Wildschweinjagd

Roger Liebi (SVP, Zürich) vertrat als Präsident der WAK das Postulat für Nachtzielgeräte für die Schwarzwildjagd. Nachtzielgräte sind keine Garantie für mehr Wildschweinabschüsse und stellen andererseits hohe Anforderungen an den Jäger. Wildschweine haben keine natürlichen Feinde, haben aber ihren Intellekt weiterentwickelt, wie ein Votant meinte. Zurzeit sind etwa ein Dutzend solcher Nachtzielgeräte bewilligt, voraussichtlich wird die Zahl auf etwa 50 ansteigen. Martin Haab erläuterte die Meinung der SVP: «Über die Höhe der Population der Wildschweine sind sich Jäger (inkl. Regierungsrat Kägi) und Verwaltung einerseits und die Landwirte andererseits nicht ganz einig. Viele Bauern sind mit den vom Kanton praktizierten Schadensabklärungen und den gewährten Entschädigungen unzufrieden. Der Regierungsrat rät in den betroffenen Gebieten des Unter- und Weinlandes zum Bau von Elektrozäunen. Das Postulat ist mit der Diskussion erledigt.

Eine ausgiebige Klimawandeldebatte

Ein grüner Parlamentarier wollte mit zwei Interpellationen vom Regierungs-

rat wissen, wie dieser die Auswirkungen der Klimaveränderung einschätzt. Claudio Zanetti (SVP, Gossau) meinte: «Klimaerwärmung gibt es nicht, das haben namhafte Wissenschaftler festgestellt. Darum reden wir nun von Klimaveränderungen, denn darunter fallen auch Wirbelstürme, Trockenheiten, Temperaturschwankungen und starke Regen.»

Mit dem Aktivismus, welchen gewisse Kreise an den Tag legen, kann man viel Geld in Umgang setzen. Klimaschwankungen sind normal, es kommt einfach darauf an, welchen Zeitraum man betrachtet.»

Klima verändert sich

Matthias Hauser doppelte nach: «Es geht um eine Glaubensfrage und nicht mehr um Politik.» In der engagierten Debatte wurden viele Wissenschaftler, Gutachter und Statistiker zitiert – vieles wurde auch durcheinandergebracht. Von beiden Seiten wurde der anderen Seite empfohlen, nicht so viel Quatsch zu erzählen. Regierungsrat Markus Kägi ergänzte: «Das Klima verändert sich und die Frage ist, wie weit ist dies abhängig von unserem Tun, von unserem Umgang mit den Resourcen?»

Der Kanton setzt auf den technischen Fortschritt von Autos und Geräten; bei den Gebäuden setzen wir auf ziemlich rigide Bauvorschriften, es wurden Labels kreiert welche bei Kantonalen Projekten umgesetzt werden.»

Humanitäre Hilfe für Familien auf der Flucht

In einem dringlichen Postulat bitten SP, FDP und glp den Regierungsrat, dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) einen Beitrag von 500 000 Franken aus dem Lotteriefonds zugunsten der Rotkreuz-Hilfe für Familien auf der Flucht zu leisten. Die Kantonsräte Hans-Peter Amrein, Claudio Zanetti und René Isler erläuterten, wieso die SVP dagegen ist: Der Regierungsrat kann gemäss CRG in eigener Kompetenz über einen solchen Beitrag entscheiden.

Die SVP ist dagegen, weil bei uns Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen, Schutzbefürftige und anerkannte Flüchtlinge bereits durch die öffentliche Sozialhilfe unterstützt werden.

Das Schweizerische Rote Kreuz beteiligt sich gemäss ihrer Website mit 2.75 Mio. Franken an der Rotkreuzhilfe in Libanon, Griechenland und Serbien. Bei Bedarf kann die Institution auch in der Schweiz aktiv werden und genau dies sei nicht nötig. Zanetti warf den Initianten vor, einmal mehr mit dem Geld anderer grosszügig zu sein. Das Postulat wurde mit 119:48 Stimmen überwiesen.

Jokertage für alle

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) sprach für die SVP. Der Vorstoss finde wohl Unterstützung, mutmassen er richtig. Vermutlich würden die Fraktionen zustimmen, nur schon weil es doch so schön sei, dass Mittelschüler sich politisch engagieren. Die Schulleiter und Lehrpersonen der Mittelschulen sind dagegen, weil die Dispensgesuche für sportliche, kulturelle und familiäre begründete Freitage genügend grosszügig gehandhabt würden. Matthias Hauser zählte eine ganze Reihe von Punkten auf, weshalb eine solche Initiative nicht unterstützt werden müsse.

«Wir haben das Gymi verkürzt und bauen immer weiter ab. Irgendwann ist fertig mit Jokertagen im Leben: Nach der Volksschule haben auch Berufsschüler und Lehrlinge keine Jokertage mehr, sie müssen jede Absenz entschuldigen können, freie Tage werden

von den fünf Wochen Ferien abgezogen. Die Idee, dass gleichaltrige im Gymnasium Jokertage haben sollten, verstärkt den «Aspekt Elfenbeinturm» im MittelschülerInnen-Dasein. Die Initiative steht unter dem Motto: Deine Freizeit ist Dir wichtiger als die Schule.» Erwartungsgemäss ernten die 4.-Klässler der Kanti Bülach viel Lob von der Ratslinken, inklusive FDP, für ihr Engagement und den Vorstoss. Vorgesehen sind zwei Jokertage pro Jahr, welche «einfach so», ohne vorheriges Gesuch, bezogen werden können.

Die Initianten argumentieren auch mit der Familie: Man könne so mit der Familie auch mal ein Fest feiern oder für ein verlängertes Wochenende wegfahren. Es wurden ganz viele schöne Situationen geschildert, bei welchen die Kantonsschüler «einfach so» frei machen könnten. Die Einzelinitiative wurde von 108 Ratsmitgliedern unterstützt. Die Initiantinnen und Initianten waren übrigens an diesem Montag, eine Woche nach den Herbstferien, alle auslandsabwesend...

Anforderungsprofil der KESB-Mitglieder

Ruth Frei (SVP, Wald) vertrat die Meinung der SVP und erläuterte die wichtigsten Argumente für die Parlamentarische Initiative: «Mindestens ein Mitglied der KESB benötigt Fähigkeiten, die nicht auf einer Universität erlernt werden können, wie zum Beispiel Empathie, Pragmatismus, soziale Kompetenzen, Strategien zur Alltagsbewältigung, Erfahrung in der Kindererziehung, psychologisches Geschick, Umgang mit Betagten, aber auch Kostenbewusstsein.»

Mit einer gesunden Mischung von sozialen und juristischen Fachleuten und jenen Milizpersonen, welche bis zum 31. Dezember 2012 über Jahrzehnte das Vormundschaftswesen geführt haben, sollten zum einen eine umfassende Betreuung der Betroffenen gewährleistet, zum anderen die bundesrechtlichen Vorgaben eingehalten werden können.»

Die Linke bis hin zur BDP machen geltend, dass man Lebenserfahrung weder definieren noch messen könne, darum sei der Vorstoss nicht zu unterstützen. Das Quorum für die Überweisung kam leider nicht zustande, die 56 Stimmen der SVP und der EDU reichten nicht.

KANTONALE SVP-DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN GLATTFELDEN

Kampf für eine ausgeglichene Standesstimme

An der kantonalen Delegiertenversammlung im Riverside in Glattfelden haben 240 Delegierte mit Applaus Hans-Ueli Vogt zum Ständeratskandidaten für den Zweiten Wahlgang gewählt. Der Kanton Zürich muss nach der Wahl des SP-Ständerates mit Hans-Ueli Vogt eine ausgeglichene Standesstimme erhalten, sagte der Kandidat unter grossem Applaus der Delegierten.

svp. Der örtliche SVP-Gemeinderat Stefan Betschart konnte in einer SVP-Hochburg 240 Delegierte und zahlreiche Gäste begrüssen.

In einer fulminanten Rede steckte Hans-Ueli Vogt das Ziel für den Zweiten Wahlgang für den Ständerat ab: «Ich kandidiere nicht für die Partei und nicht für mich, sondern weil wir es den Menschen im Kanton Zürich, die sich am vorletzten Wochenende für unsere Politik entschieden haben, schulden», sagte er.

Nein zur Lohndumping-Initiative

Mit 193 gegen 1 Stimme beschlossen die Delegierten zudem die Nein Parole zur Kantonalen Lohndumping-Initiative der Gewerkschaft Unia. Für die Initianten stellte SP-Kantonsrat Thomas Marthaler aus Zürich die Initiative vor.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Prunkbau PJZ – Kasernenarealknatsch offenbart Erstaunliches



Jürg Trachs
Fraktionspräsident SVP,
Richterswil

direktor wohl von alternativ-links-grüner Seite einerseits und FDP-Seite anderseits am vergangenen Montag einstecken musste, gilt es eines zu bedenken: Die Baudirektion erstellt bzw. baut das PJZ, bestellt haben dagegen die Polizei und die Justiz. Diese Direktionen waren bzw. sind es z.T. heute noch im Zeitpunkt der Bestellungen in linker (SP RR Mario Fehr) und linksgrüner (alt RR Martin Graf von der GP, heute SP RR Jacqueline Fehr) Hand. Die SVP hat zu keinem Zeitpunkt Bestellungen gemacht und unterstützte denn auch folgerichtig nicht das GLP-Postulat.

Die Parlamentarische Initiative vonseiten der FDP immerhin hat eigesehen, dass im PJZ-Gesetz nichts vom Kasernenareal steht und will dies nun nachholen; neu soll gesetzlich festgehalten werden, dass das Kasernenareal vollständig frei sein muss. Die SVP störte sich schon immer und stört sich auch heute daran, dass für einzelne Gebäude eigens ein Gesetz geschaffen werden soll. Das war zwar bereits bei der Uni Irchel der Fall, doch macht all dies die «Verluderung» des Gesetzesbegriffs auch nicht besser. Nebst dieser Ablehnung aus dogmatischer Sicht können wir uns auch aus finanztechnisch-politischer Sicht der PI nicht anschliessen. Da in der PI kein Wort von gleichbleibenden Kosten steht, kann man getrost annehmen, dass seitens der Initianten Mehrkosten zum ohnehin astronomisch teuren Polizei- und Justizpalast PJZ für ein vollständig freies Kasernenareal in Kauf genommen wird. Nun, für die SVP standen und stehen die Kosten im Vordergrund; sie hat den Budgetentwurf und KEF des SVP-Finanzdirektors Ernst Stocker noch in den Ohren. Selbstverständlich hätte es auch die SVP gern, wenn das Kasernenareal den Versprechungen der Regierung zufolge vollständig frei würde, aber zum gleichen Preis. Dies ist offenbar nicht möglich, zu üppig waren die Bestellungen von Justiz und Polizei unter linksgrüner Leitung. Die Verhandlungen i.S. PJZ standen seit jeher in einem schlechten Licht. Die Lage war und ist verkacht. Das macht auch eine PI nicht besser, welche das Prunkprojekt nur weiter verteuert. Die SVP hat deshalb auch die PI der FDP vorläufig nicht unterstützt.

Unabhängig von der gewalteten PJZ-Debatte erwartet jedoch die SVP-Fraktion, dass die bürgerliche Zürcher Regierung sich nun endlich aufrafft und den Bau des PJZ einerseits klar innerhalb des vom Volk bewilligten Finanzrahmens und andererseits auch unter Einhaltung der gemachten Versprechen voranzutreibt; ein Abspecken bei dieser Grössenordnung muss möglich sein!

KANTONALE SVP-DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN GLATTFELDEN

Kampf für eine ausgeglichene Standesstimme

An der kantonalen Delegiertenversammlung im Riverside in Glattfelden haben 240 Delegierte mit Applaus Hans-Ueli Vogt zum Ständeratskandidaten für den Zweiten Wahlgang gewählt. Der Kanton Zürich muss nach der Wahl des SP-Ständerates mit Hans-Ueli Vogt eine ausgeglichene Standesstimme erhalten, sagte der Kandidat unter grossem Applaus der Delegierten.

SVP-Kantonsrat Martin Arnold stellte klar, dass dieses Volksbegehen gefährlich sei. Allein auf der Basis von Unterstellungen und Vermutungen soll es nach der Initiative möglich sein, Baustellen zu schliessen. Es stelle damit alle Unternehmen unter Generalverdacht.

Die heutige bundesrechtlichen Bestimmungen bieten bereits sehr wirksame und bewährte Massnahmen zur Verhinderung von Lohndumping. In der Diskussion erinnerte alt Nationalrat Ueli Schlieler daran, dass die Lohndumping-Frage erst durch die Personenfreizügigkeit entstanden sei. Die Gewerkschaften hätten damals die Personenfreizügigkeit unterstützt statt bekämpft.

Ja zur Durchsetzungsinitiative

Das Parlament habe sich über das Ja des Schweizer Volkes zur Ausschaffungsinitiative foutiert. Mit der jetzigen Initiative würde eine Ausschaffung der Täter bei schweren Delikten (wie z.B. Mord, Raub, Vergewaltigung usw.) vollzogen, unabhängig davon, ob ein Täter vorbestraft war oder nicht.

Eine Ausschaffung ist zudem vorgenommen bei Wiederholungstäter in Bezug auf Delikte, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen (z.B. Bedrohung von Behörden, Entführung, Brandstiftung usw.).

KANTONSPOLIZEI STARTET PRÄVENTIVKAMPAGNE

Einbruchskriminalität aktiv bekämpfen

Mit dem Herbst häufen sich auch die Einbrüche. Jetzt hat die Kantonspolizei Zürich eine neue Kampagne gestartet, um gemeinsam mit der Bevölkerung gegen Einbrecher vor der Tat abzuschrecken oder direkt vorzugehen.

RoMÜ. Im vergangenen Jahr ist im Kanton Zürich 10 244 Mal eingebrochen worden. «Gerade jetzt, mit erfolgter Umstellung auf die Winterzeit, nutzen wieder vermehrt Einbrecher die deutlich frühere Dämmerung für ihre Einbrüche», betonte Franz Bättig von der KaPo Zürich. Bevorzugte Objekte sind spontan ausgewählte Einfamilienhäuser sowie Parterrewohnungen in Mehrfamilienhäusern.

Grosser Anteil an Kriminaltouristen

Wohl haben sich die Einbrüche seit 1998 fast halbiert, doch das gängige Verhaltensmuster ist immer noch gleich geblieben. In den letzten Oktoberwochen steigt die Zahl der Einbrüche bis zum Jahresende auf seinen Höhepunkt. «Wir stehen aber verstärkt unter grossen Herausforderungen. Das Bild des Täters hat sich gewandelt, indem heute Kinder, Frauen und Männer im Alter von 12 bis 70 Jahren aktiv tätig sind. Sie gehören verschiedenen Ethnien an, agieren national und international», so Bättig weiter. Zudem ist das Einbruchshandwerk fest in ausländischer Hand. Es gibt auch kaum mehr bevorzugte Einbruchsorte und weniger Serien. Dafür wird der Tatort rasch gewechselt. Es wird auch praktisch rund um die Uhr eingebrochen. «Am Vormittag sind es vorwiegend jugendliche Roma, am Nachmittag und in der Dämmerung kommen Einschleieheinbrecher. Nach Mitternacht sind es dann die Fensterbohrer, welche vorwiegend in Gewerbe- und Geschäftshäusern aktiv sind», so Bättig weiter. Man hat heute auch ein klares Herkunftsbild der Täter, die in der Rangliste an der Spitze stehen: Rumä-

nen, Serben und Montenegriner. Dahinter folgen die Täter aus den Herkunfts ländern Italien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Polen und Deutschland. Der dabei verzeichnete Anteil der Kriminaltouristen liegt bei steigender Tendenz bereits bei über 40 Prozent.

Aufgrund der umfassenden kriminologischen Forschung sind heute viele Eckpunkte rund um den Einbruch und deren Täter bekannt. «Wir wissen heute, dass das Einbruchsrisiko räumlich konzentriert ist und sich auf die Nachbarschaft übertragen lässt. Zudem weisen die Täter eine grosse Rückfälligkeit von 75 Prozent auf und alle Einbruchsdelikte werden aus finanziellen Gründen begangen», hielt Professor Christian Schwarzenegger fest. Für Täter ist die Anonymität der Umgebung von grosser Bedeutung.

Das Eindringen erfolgt in erster Linie durch Fenster und Türen. «Für den Einbrecher ist aber der Zeitfaktor von zentraler Bedeutung. Er darf maximal 2 bis 5 Minuten zum Eindringen beanspruchen und sich für sein Einbruchsdelikt maximal 20 Minuten im entsprechenden Objekt aufzuhalten», so Schwarzenegger weiter.

Erfolgreicher Kontrolldruck

Bättig konnte auch schon erste Erfolge aus jüngster Zeit vorweisen. Dank dem erhöhten Kontrolldruck konnten zwischen Mitte August und Ende September 129 Verhaftungen vorgenommen werden, wobei fast die Hälfte allein auf Rumänen (57) sowie 24 Schweizer und 15 Polen entfallen. Vermehrt stützt sich die Polizei auf Brennpunktanalysen, welche gewisse Vorhersagen bei Ein-

bruchdiebstählen ermöglichen und auch zu den erwähnten Verhaftungen geführt hat. «Wir setzen auf einen hohen Kontroll- und Fahndungsdruck und suchen die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung», so Bättig abschliessend. Dies erfolgt mit einer vorausschauenden Polizeiarbeit und mit einer neuen gestarteten Kampagne mit blauen, grünen und rosaroten Plakaten. «Wir sprechen dabei die Zielgruppen Bevölkerung an, um aufmerksam zu sein. Aber die Botschaft richtet sich auch an die Täterschaft, damit diese weiß, dass man aufmerksam ist», betonte Präventionsspezialist Reinhard Brunner von der KaPo.

Eine wichtige Rolle nimmt aber auch die Bevölkerung ein, welche zur Aufmerksamkeit aufgerufen wird. Unbekannte suchende Personen in einem Quartier und eher ziellos fahrende Autos mit ausländischen Kontrollschildern können auf eine mögliche Objekt suchende Täterschaft hinweisen.

Schützende Massnahmen

Grundsätzlich zeigt sich, dass sich bereits mit wenigen baulichen und technischen Massnahmen die Einbruchgefährdung reduzieren lässt. «Wenn Einbrecher auf starken Widerstand stoßen, welcher viel Zeit beansprucht, ziehen sie ab», machte Martin Eichholzer, Präsident des Vereins für Sicherheitsinformation, deutlich. Viele Einbrecher nutzen ihnen bekannte Schwachpunkte geschickt aus.

«Mit dem bevorzugten Allzweckwerkzeug Schraubenzieher und Einsatz von körperlicher Gewalt lassen sich normal geschlossene Türen leicht öffnen»,



Bereits mit einfachen Mitteln und dem Einsatz von Marginalkraft lässt sich eine Tür rasch aufbrechen.

hielt Eichholzer weiter fest. Doch bereits mit dem Anbringen von zusätzlicher Verriegelung und zugleich in Verbindung mit einer akustischen Alarm anlage lassen sich Einbrecher abhalten oder abschrecken. Dies zeigen vorgeführte Massnahmen auf, welche erfolgreich umgesetzt worden sind.

In Verbindung mit einer verstärkten Patrouillen- und Kontrolltätigkeit sowie den weiteren repressiven Aktionen soll dem Einbruchsdeliktsdienstahl erfolgreich der Riegel geschoben werden. Dafür ist aber auch die sensibilisierte Bevölkerung nötig, dass sie bei Verdacht die Nummer 117 wählt.

EINE FREMDSPRACHE AN DER PRIMARSCHULE

Unterschreiben Sie die Fremdsprachen-Initiative der Zürcher Lehrerinnen und Lehrer

Da die Gelingensbedingungen für einen guten Fremdsprachenunterricht an der Primarschule nach wie vor nicht erfüllt sind, hat sich eine deutliche Mehrheit der Mitglieder des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbandes ZLV dafür ausgesprochen, dass an der Primarschule nur noch eine Fremdsprache unterrichtet werden soll. Unterstützt wird die entsprechende Volksinitiative auch von der Sekundarlehrerkonferenz des Kantons Zürich SekZH, von der Zürcher Kantonalen Mittelstufe ZMK und vom Verein Schule mit Zukunft. Der Start zur Unterschriftensammlung erfolgte am 1. September 2015.

Heute werden an der Primarschule ab der 5. Klasse zwei Fremdsprachen während je 2 Lektionen pro Woche in Klassen bis zu 25 Kindern gelernt. Die bisher gemachten Erfahrungen zeigen, dass dies zu wenig Lektionen pro Sprache sind und die Bildungsziele für das frühe Sprachenlernen nicht erfüllt werden können. Zudem ist ein grosser Teil der Kinder mit dem Erlernen von zwei Fremdsprachen überfordert.

Die Politik muss entscheiden

Die Initiative verlangt, dass an der Primarschule nur noch eine Fremdsprache gelernt werden soll. Die zweite



Unterschreiben Sie die Initiative und motivieren Sie Ihre Parteifreunde, Nachbarn, Kollegen, Bekannten und Freunden ebenfalls zu unterschreiben. Das Initiativkomitee dankt Ihnen herzlich.

Weitere Informationen unter: www.fremdsprachen-initiative-zuerich.ch

Werner Wunderli (SVP) Meilen,
Co-Präsident Initiativkomitee

Masseneinwanderungsinitiative und Verhandlungsgeschick

Nach dem klaren Wahlsieg der SVP bei den Wahlen sollte allen klar sein, was für eine Politik das Volk will. Hat das Volk hat «Volksvertreter» oder «Politiker» gewählt? Ist das Parlament nun Willens, den Volksauftrag umzusetzen? Wohl eher nicht.

Dabei kann man den Staat mit einer Firma vergleichen. Der Verwaltungsrat – das Volk – bestimmt die Richtung. Die Geschäftsleitung (Bundesrat, Parlament) haben im Sinne des Verwaltungsrates zu handeln und dies den Geschäftspartnern (EU) mitzuteilen. Sträubt sich die Geschäftsleitung, wird sie ausgewechselt.

Nun haben wir den Vertrag Bilaterale I mit einer Guillotine-Klausel. In diesem Fall müsste nachverhandelt werden. Der Bundesrat hat dazu die EU angefragt: Wir haben ein Problem mit dem Vertragsteil der Personenfreizügigkeit. Wollt ihr darüber verhandeln, auch wenn ihr nicht müsst. Antwort der EU: Wir wollen nicht. Damit hat

die EU Zeit gewonnen, viel Zeit, bald zwei Jahre, während denen sich nichts geändert hat. Wieviel Zeit geben wir der EU weiter?

In diesem Fall bleibt nur, dieser Vertragsteil einseitig ausser Kraft zu setzen. Die Bundesverfassung macht diesen Vertragsteil ungültig, da die Bundesverfassung übergeordnetes Recht ist.

Die EU kann natürlich nun die Gerichte bemühen oder die ganzen Bilateralen I kündigen. Dies wird wohl eher nicht geschehen, da die EU an den anderen sechs Verträgen und der verbleibende Rest der Personenfreizügigkeit Interesse hat. Wie ist es zum Beispiel mit Schengen? Da hält sich auch niemand ausser der Schweiz noch daran. Da gibt es im Wochentakt jeweils eine neue Präzisierung. Also, wann erlässt der Bundesrat endlich eine entsprechende Verordnung um die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen?

Roger Miauton, Gemeinderat SVP, Illnau

EINE AKTION DER FRAUENZENTRALE

Programm für politisch interessierte Frauen

Wollten sie schon immer wissen, wie Politik funktioniert und wie es hinter den Kulissen zu- und hergeht? Sind sie eine gesellschaftspolitisch interessierte Frau zwischen 18 und 30 Jahren?

Im Mentoring-Programm der Zürcher Frauenzentrale begleiten sie ein Jahr lang eine Politikerin (National-, Kantons-, Stadt- oder Gemeinderätin) an Sitzungen, Veranstaltungen etc. und erhalten so einen Eindruck vom politischen Alltag und Zugang zu wichtigen Netzwerken.

Die Teilnahme ist kostenlos. Die Bewerbungsfrist für das Mentoringjahr 2016 läuft bis am 1. November 2015. Infos und Anmeldung sind zu finden unter:

www.frauenzentrale-zh.ch
(unter Projekte/Mentoring-Projekt).

Wollen Sie noch einen zweiten EU-Turbo im Ständerat?



Angesichts der desolaten Situation der EU (Schuldenkrise, Flüchtlingskrise) trauen sich viele EU-Beitrittsbefürworter nicht, offen zu ihren EU-Beitrittsabsichten zu stehen. Warum? Weil sie befürchten, dass sie dann nicht gewählt werden. Tatsache ist:

• **Ruedi Noser** hat 2007 mit der Nebs-Deklaration (Neue Europäische Bewegung Schweiz) gelobt, «den Prozess mit zugestalten, der zu einer EU-Mitgliedschaft der Schweiz führt». Und er hat 2009 vom Bundesrat eine Europapolitik verlangt, die «über die Konsolidierung der bisherigen bilateralen Beziehungen mit der EU hinausgeht».

• **Bastien Girod** hat sich immer wieder für einen EU-Beitritt ausgesprochen.

• Mit **Daniel Jositsch**, dem früheren Präsidenten der Zürcher Sektion der Nebs, wird der Kanton Zürich bereits durch einen Ständerat vertreten, der unser Land früher oder später in die EU führen will.

Wollen die 80% Stimmberchtigten im Kanton Zürich, die gegen einen EU-Beitritt sind, im Ständerat zu 100% durch zwei EU-Beitrittsbefürworter im Ständerat vertreten werden?

• **Hans-Ueli Vogt** ist der einzige Kandidat, der unser Land nicht in die EU führen will. Hans-Ueli Vogt ist verlässlich.

Bei ihm weiss man, woran man ist.

Zürich braucht nicht noch einen zweiten EU-Befürworter!

Wählen Sie **Hans-Ueli Vogt** in den Ständerat!

DAS ENDE DES ABENDLANDES?

Bald sechzig Jahre «Europäische Vereinigung»

Kein Zweifel: Von jenen, die vor bald sechzig Jahren mit den Römischen Verträgen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gründeten, waren viele vom Willen beseelt, damit entscheidend beizutragen zu dauerhaftem Frieden in Europa.



Ulrich Schlüer
alt Nationalrat
Flaach

Nach zwei verheerenden Weltkriegen sollte die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich mit dieser Vorläuferin der Europäischen Union auf Dauer besiegt werden – auf der Grundlage gemeinsamer Wirtschaftsinteressen einerseits, gleicher Wertvorstellungen andererseits. Die Staatsmänner beider Nationen sahen im gemeinsamen Bekenntnis zur abendländischen Demokratie das Fundament für das Abendland, in dem fortan Freiheit und Frieden die gemeinsam bekämpften Wertvorstellungen für Jahrzehnte, ja Jahrhunderte festigen sollten.

Die edlen Ziele verblassen

Das Bild der Versöhnung, von Frieden und Freiheit in Europa wird von EU-Funktionären – zumindest dann, wenn ihnen zum Zustand ihres Gebildes nichts mehr einfallen will – auch heute noch beschworen. Aber es ist verblasst.

Es verblasst vor der ungezügelten Machtgier der Schulzens und der Junckers. Deren – auch von vielen Mitläufern getragene – Manie, auf der Weltbühne zusammen mit den Größten dieses Erdballs eine – täglich in den Medien abzubildende – «tragende Rolle» zu spielen, hat ihr Engagement für die im Abendland einst tief verankerte Demokratie weitgehend verkümmern lassen. Die ihnen wichtig scheinenden Entscheidetreffen sie allein. Den Bürgern die persönliche Freiheit zu garantieren, ist ihnen zunehmend zuwider. Demokratische Regeln empfinden sie als Fesseln, die sie an der Erreichung vermeintlich «grosser Ziele» nicht länger behindern dürften.

Euro-Krise

Der Ehrgeiz, mittels Einheitswährung «führender Player» in der Weltwirtschaft zu spielen, liess jegliche Bereitschaft schwinden, den eigenen Bürgern – den Erschaffern des Wohlstands in den Staaten Europas – wenigstens ansatzweise gewisse Mitsprache einzuräumen. Sie bezeichneten die Bürger ihren vermeintlich «grossen Zielen» gegenüber

als «überfordert» und zwangen sie zum Mitmachen, ohne dass sie mitentscheiden durften. Diktatorische Allüren breiten sich aus. Der Euro ist gescheitert. Gescheitert am skrupellosen Ausgaben-Schlendrian der Mächtigen und ihrer Funktionäre. Nicht mehr beherrschbare Überschuldung haben die, die die Einheitswährung ohne demokratische Legitimität erzwungen haben, ihren Völkern beschert.

Als sorgfältig abgeschirmtes Kartell können sich Machthaber und Funktionäre (wer an wessen Gängelband tanzt, ist nicht immer ohne Weiteres erkennbar), die Schuldigen an der herbeigeführten, den Wohlstand Europas zerstörenden Währungskatastrophe, aus ihrer Verantwortung davonstehlen – weil demokratische Regeln in der EU längst im Schredder gelandet sind. Alles, was den Bürgern als Pfeiler garantierter Haushalts- und Währungsstabilität versprochen worden ist, haben Brüssels Funktionäre, gedeckt von den Staatsverantwortlichen in den Mitgliedsländern, eigenhändig eingerissen.

Bürger werden zu Ausbeutungs-Objekten

Doch statt dass die Verantwortlichen des Desasters hinter Schloss und Riegel gesetzt werden, werden die Bürger von den EU-Funktionären skrupellos ihrer Ersparnisse, ihrer Vermögen beraubt. Privatsphäre gibt es keine mehr. Sicherheit des Eigentums gehört der Vergangenheit an. Die Bürger wurden von denen, die sich demokratischer Kontrolle zu entziehen wussten, zu Ausbeutungs-Objekten degradiert. Wer sich – ohne irgendein Gesetz zu verletzen – bemüht, sich auch bezüglich Steuern der Maximal-Belastung zu entziehen, wird, als wäre er ein Krimineller, öffentlich zum Steuersünder gestempelt, hemmungslos dem Medienpranger ausgesetzt. Auf rechtsstaatlich erforderliche, formelle Anklage, gestützt auf belegbaren, hinreichenden «Anfangs-Verdacht», wird vorsätzlich verzichtet. Gesetzliche Voraussetzungen, die den Bürger vor Willkür sichern, gibt es für Reiche, die pauschal als Steuersünder verdächtigt werden, ohnehin nicht mehr. Machthaber und Medien beherrschen das Geschäft des «öffentlichen Fertigmachens» virtuos.

Die für die Existenz eines jeden Einzelnen, eines jeden wirtschaftlichen Ak-

tivität Entfaltenden, eines jeden soliden Sparers ausschlaggebend wichtige «Währungsordnung» ist – ohne dass der Einzelne das Geringste dazu hätte sagen können – von den zuoberst sitzenden Funktionären in ein ziemlich lückenlos funktionierendes, allen Höchststeuern verordnendes Ausbeutungssystem umfunktioniert worden. Dies im Abendland – dort, wo die demokratische Idee ihren Ursprung hatte.

Alle Grenzen sind eingerissen

Das zweite grosse Prestigeprojekt, das die EU gemäss seinen Erfindern zu einem «grossen Ganzen» hätte zusammenfügen sollen, führt Europa in Tat und Wahrheit an den Abgrund. Es trägt den Namen «Personenfreizügigkeit». Auch die «Errungenschaft» sperrangelweit offener, praktisch für alle frei passierbarer Grenzen wurde von oben erzwängt – ohne dass auch nur geringstes demokratisches Mitentscheiden der davon Betroffenen zugelassen worden wäre. Die Oberen glaubten, es besser zu wissen als «der Pöbel», der sich an Sicherheitsbedürfnisse klammere, in welchen Brüssels Funktionäre bestens noch Nostalgie erkennen. Weshalb sie darauf fassende Begehren unter schnöden Kommentaren vom Tisch glaubten wischen zu können. So manövrierten sie – als ahnungslose Besserwissen – Europa in die Katastrophe. Hoch und heilig hatten sie versprochen, mit Schengen das Organ gefunden und geschaffen zu haben, das Europa Sicherheit garantie, das Europa vor nicht mehr beherrschbarer Masseneinwanderung bewahre.

Als das Schengen-System zum ersten Mal wirklich auf die Probe gestellt wurde, ist es innert Stunden zusammengebrochen. Die Chef-Funktionäre, die Schulzens und Junckers haben – zusammen mit den Staatsführern in den grossen Mitgliedstaaten – vollständig und katastrophal versagt.

Werden sie zur Rechenschaft gezogen, all die Versager? Keine Spur! Die Schuldigen an der verheerenden Entwicklung fühlen sich sicher. Die Medien stehen ihnen zu Diensten. Da wird jeder, der auch nur Ansätze kritischer Gedanken zu dem äussert, was sich vor seinen Augen abspielt, hemmungslos zum herzlosen Unmenschen, zum Rechtspopulisten, zum Rassisten gestempelt. Funktionäre und Medienleu-

SVP-TAGUNG ZUR ALTERSVORSORGE AM 7. NOVEMBER

Ja zur Rentensicherung – Nein zum Sozialausbau

Mit der Botschaft Altersvorsorge 2020 (AV 2020) hat der Bundesrat dem Parlament eine Vorlage zukommen lassen, die innenpolitisch als wichtigstes Geschäft der kommenden Legislatur bezeichnet werden kann.

Die völlig überladene Vorlage des SP-Bundesrates Alain Berset hat als Ziel das «Beibehalten der bisherigen Leistungen». Der heutige Vorschlag stellt einen wesentlichen Ausbau der Sozialleistungen dar, ohne dass die Grundprobleme gelöst wurden. Der Auftrag der ganzen Reform ist somit nicht erfüllt. Der Ständerat hat in der vergangenen Herbstsession, als Erstrat die Vorlage mit Korrekturen gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates verabschiedet.

Selbstverantwortung stärken

Was unser System stark gemacht hat, will die Vorlage schwächen. Wir fordern eine Stärkung der Selbstverantwortung der paritätischen Stiftungsräte, weniger Mikromanagement und mehr Wettbewerb. Der Staat und dessen Reglementierungswut muss in die Schranken gewiesen werden.

Wenn wir uns als Bürger jetzt nicht wehren, wird das Dreisäulenmodell weiter geschwächt, die Linke kommt ihrem Ziel der Volkspension einen Riesenschritt näher. So wird der soziale Friede der Schweiz massiv gefährdet.

Bereits vor einem Jahr hat die SVP Zürich zur AV 2020 eine sehr gut besuchte Tagung durchgeführt. Spontan hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet die das Thema seither kontinuierlich weiterverfolgt und konkrete Lösungsansätze aus Sicht der SVP erarbeitet hat.

Tagung vom 7. November

Mit verschiedenen Sozialversicherungs-Spezialisten aus Politik und Wirtschaft wollen wir an einer weiteren Tagung am 7. November die Zukunft unserer Altersvorsorge, der AHV und der Pensionskassen beurteilen und den Entscheid des Ständerates kritisch beleuchten.

– Ist überhaupt Handlungsbedarf ausgewiesen?

- Hat sich das 3-Säulen-System bewährt?
- Ist der Vorschlag des Bundesrates oder des Ständerates zukunftstauglich?
- Sind Mehrkosten von mehreren Milliarden Franken wirtschaftsvorträglich?
- Können Lohnnebenkosten für Sozialversicherungen beliebig erhöht werden?
- Wird der Generationenvertrag durch weitere Solidaritäten in der 2. Säule gefährdet?
- Ist das Rentenalter 65 für Alle in Stein gemeisselt?

Auf diese und andere Fragen erhalten Sie am Samstag den 7. November ab 9.00 Uhr im Kronenhof Zürich-Affoltern eine Antwort. Der Anlass ist öffentlich und jedermann ist willkommen. Die SVP des Kantons Zürich freut sich auf Ihre Teilnahme, siehe Ausschreibung und Anmeldetalon auf Seite 8 dieser Ausgabe des Zürcher Boten.

Hochkarätige Referenten

An der Tagung nehmen unter anderem teil: Parteipresident und Nationalrat Alfred Heer, Der Schwyzer Ständerat Alex Kuprecht, der Thurgauer Ständerat Roland Eberle, Nationalrat Toni Bortoluzzi sowie Kans Peter Konrat, Direktor des Schweizerischen Pensionskassenverbandes, Martin Kaiser vom Arbeitgeberverband, Kurt Gfeller vom Gewerbeverband sowie Andreas Lüthi von der Arbeitsgruppe Altersvorsorge.

Es braucht jetzt die SVP, um darauf aufmerksam zu machen, dass mit der jetzt diskutierten Vorlage die echten Probleme nicht gelöst werden. Einmal mehr packen wir als Einzige ein heisses Eisen an und schlagen praktikable Lösungsansätze vor.

Markus Binder Präsident Arbeitsgruppe Altersvorsorge SVP Kanton Zürich

te bilden – in Deutschland wie in der Schweiz – eine geschlossene Front.

Was uns die Medien da vorführen, hat die Menschheit bislang nur in totalitären Staaten über sich ergehen lassen

müssen. Wir sind von Nordkorea nicht mehr allzu weit entfernt ...

Dieser Text erschien als aktueller Freitags-Kommentar der «Schweizerzeit» vom 16. Oktober 2015.

NÜRENSDORF: HERBSTFEST DER SVP BEZIRK BÜLACH MIT LUKAS REIMANN UND HANS-UELI VOGL

Zeit der Ernte und des Blätterfalls

Zündende Reden und Unterhaltung für 140 SVP-Mitglieder und Gäste: Die SVP Bezirk Bülach feierte am Freitag, 23. Oktober, ihr Herbstfest in Nürensdorf. Als Hauptreferent sprach der 33-jährige Nationalrat und AUNS-Präsident Lukas Reimann. «Standing ovation» erntete der Eglisauer Hans Fehr.

svp. «Füllst du im Herbst nicht Speicher und Keller, guckst du im Winter in leere Teller.» Mit dieser nach einem ausgezeichneten Kalbsragout passenden Bauernregel durfte die Bezirkspartei-präsident Matthias Hauser die Festgemeinde in Nürensdorf begrüssen. Vor dem Dinner präsentierten Gemeindepräsident Christoph Bösel das 5000 Einwohner zählende Weiler aufgeteilte Dorf und der lokale SVP-Präsident Rolf Schär seine Partei – anhand der in wunderschöner Handschrift verfassten Gründungsstatuten von 1917.

«Der Herbst ist die Zeit der Ernte und des Blätterfalls.» Mit diesem Leitmotiv blickte Hauser auf die eidgenössischen Wahlen zurück: Es gelang der SVP im Bezirk Bülach, den Wähleranteil überdurchschnittlich zu steigern. Doch schmerhaft für die Bezirkspartei sei der Verlust ihres Nationalratsitzes. «Dass Bisherige so weit nach hinten fallen, damit haben wir in unserer Strategie nicht gerechnet.»

Dank an Hans Fehr

In den Akten der Bezirkspartei tauchte Reallehrer und Gemeinderat Hans Fehr zum ersten Mal 1983 auf, als Kantonsratskandidat auf dem Listenplatz 13. Er leistete unermüdlich Parteiarbeit, wurde Kantonalparteisekretär, schrieb, plakatierte, diskutierte, verteilte Flyer, Strassenwahlkampf auch 2015. Der Chrampfer schaffte es 1995 in den Nationalrat und wurde Generalsekretär der AUNS.

In den Themen Europa, Asyl und Armee war er einer der aktivsten Parlamentarier. Dieses Engagement erntete die Gäste spontan mit stehendem Applaus.

«Loyalität nicht Abwahl wäre die richtige Antwort, wenn Vertreter der Partei medial überspitzt angegriffen werden. Sonst sitzen alle unsere Nationalräte auf wackligen Stühlen, was unsere Politik schwächt» warnte Bezirkspresident Hauser. Ein Applaus erhielt Unternehmer Hans-Ueli Lehmann. Ihm gelang es, auf der Liste Plätze gut zu machen, er bewarb in zahlreichen In-

seraten stets die Wichtigkeit des SVP-Erfolgs mehr als seine eigene Person – ein grosszügiges Sponsoring an die Partei! Ebenso gelobt wurde der aktive Wahlkampf der Jungen SVP, deren Präsident Pascal Theiler unter den Gästen weilte.

Vier Nationalräte hatten interessante Auftritte am Fest. Unter den Apéro-Gästen weilt Jürg Stahl, der aber jeden Moment damit rechnete, Vater zu werden, und sich deshalb früh verabschiedete. Hauptreferent Lukas Reimann zeigte, dass neben der Einwanderung auch die Europafrage in der nächsten Legislatur zentral wird. Er blickte in seiner unterhaltsamen Rede auf die Zeit als Gründer der Jungen für Unabhängigkeit und Neutralität (yong4FUN), der Junior-AUNS, zurück, in deren Vorstand er bereits mit der nun ebenfalls in den Nationalrat gewählten Barbara Steinemann zusammenarbeitete. Diese trat am Fest als Bonbon- und Lotto-Preisponsorin auf.

Spontan ergriff Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt das Wort. Er ist der Einzige im zweiten Wahlgang, der einen EU-Beitritt klar ablehnt und für eine Begrenzung der Zuwanderung einsteht. «Um das geht es bei den Wahlen, und nicht darum, ob jemandem mein Kopf passt oder nicht!», so Vogt. Das Fest der SVP-Bezirkspartei wurde von der SVP

Nürensdorf unter dem OK-Präsidium von Peter Brunold ausgerichtet. Grosser Einsatz, vorzügliches Essen, charmante Bedienung, läufige Livemusik und zur Unterhaltung gehörte auch der Überraschungsgast Hitsch – Comedy aus dem Bündnerland – und schliesslich das Lotto, von Statthalter Hans-Peter Freiwitz geführt.



Gemeindepräsident Christoph Bösel, Nationalräte Hans Fehr, Lukas Reimann, Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt, Neo-Nationalräte Barbara Steinemann.

Fadegradvon
Nina Fehr Düsel**Asylchaos oder Normalität?**

Bereits hat man vernommen, dass Deutschland mit seiner Willkommenskultur für Flüchtlinge immer mehr unter Druck gerät. Auch in der Schweiz häufen sich die Diskussionen. Die SVP bleibt besorgt: Unsere Regierung in Bern hat das Asylwesen nicht im Griff.

Denn die Schweiz hat allein in diesem Jahr doppelt so viele Asylgesuche in Bezug auf die Bevölkerung bewältigt wie die EU. Für die vom Bundesrat beschlossene Beteiligung an der Umverteilungspraxis der EU ist die SVP nicht bereit, zusätzliche Lasten zu übernehmen.

Auch städtische Vorhaben häufen sich. Doch Zürich dürfte spätestens Ende Jahr Mühe bekunden, genügend Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. In einem SP-Postulat, das im Zürcher Gemeinderat überwiesen worden ist, wurde die Aufnahme von 1000 zusätzlichen Flüchtlingen vorgeschlagen. SVP und FDP lehnten das Postulat ab. Dass die Stadt Zürich hier «vorprescht», macht definitiv keinen Sinn. Dieser Auffassung waren im Prinzip auch die meisten anderen Fraktionen, dennoch stimmten SP, Grüne, Grünliberale, CVP und AL dem Postulat zu.

Auch die Zürcher Stadtpräsidentin hat kürzlich an einer Medienkonferenz wohl die deutsche Kanzlerin als Vorbild genommen, als sie ein verstärktes Engagement für Flüchtlinge bekannt gab. Sie kündete eine Reihe von Projekten an. Finanziell rechnet der Stadtrat für die nächsten zwei Jahre mit Zusatzaufwendungen in der Höhe von 1,4 Millionen CHF.

Immerhin wird auch ein Projekt mit Direkthilfe geprüft. Unter anderem prüft man in Absprache mit der eidgenössischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit die Unterstützung einer Stadt im Libanon, welche viele Flüchtlinge aufgenommen hat.

Hilfe vor Ort in Krisengebieten und die Schaffung von Notzentren können Abhilfe schaffen und setzen überdies auch die richtigen Anreize. Es kann ja nicht sein, dass alle gut ausgebildeten Personen fliehen, sodass vor Ort später die Basis für eine solide Aufbauarbeit fehlt. Anstatt den Sog – leider auch von Wirtschaftsflüchtlingen, welche sich hier ein besseres Leben erhoffen – zu verstärken, bringen Hilfsangebote vor Ort gezielt etwas, wie auch verschiedene Entwicklungshelfer bezeugen können.

Grundsätzlich gilt es klar zwischen den verschiedenen Flüchtlingen zu unterscheiden und Missbräuche zu verhindern. Der Bundesrat will aber einmal mehr der EU gefallen. Für eine solche Politik hat die SVP kein Verständnis. Wir repräsentieren die Bevölkerung und wehren uns gegen die Vorhaben in Bern!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT**Hilfe, die Verbrechensrate steigt explosionsartig an!**

Das Quartier Altstetten wird vom Zürcher Stadtrat für seine linken Gesellschaftsexperimente missbraucht: es werden Asylunterkünfte aus dem Boden gestampft, Sex-Boxen für die vornehmlich osteuropäische Prostituierten gebaut und die Linksräder dürfen sich mit illegalen Besetzungen auf Kosten der Steuerzahlenden «Freiräume» schaffen.

Zudem treten wie fast überall in der Stadt auch in Altstetten die negativen Auswirkungen der Masseneinwanderung (unter anderem eine brutale Wohnungsnot) kläglich in Erscheinung. Der Ausländeranteil liegt bei über 35 Prozent. Bei diesem Wert ist die hohe Einbürgerungsrate noch nicht mal berücksichtigt.

Selbstverständlich befinden sich darunter auch unzählige äußerst anständige Ausländer, Eingebürgerte und Secondos, die einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Doch die linke Politik zieht vielfach die Falschen an. Dieser Missstand macht sich auch in der Kriminalstatistik eindeutig bemerkbar. So stieg beispielsweise die unzulässige Ausübung von Prostitution im Vorjahresvergleich um 461,9 Prozent. Oder Vergewaltigungen nahmen um 175 Prozent und Raub mit Waffe um 33,3 Prozent zu (siehe Tabelle). Die katastrophalen Auswirkungen der linken Politik lassen sich jeweils am offensichtlichsten in der Kriminalstatistik, anhand der Sozialhilfekurve und bei den öffentlichen Schulden ablesen.

SVP hat gute Lösungen

Um die Gewalt und die anderen Auswüchse der verheerenden Ausländer- und Asylpolitik zu stoppen, brachte die SVP zusammen mit dem Volk gute Lösungsansätze auf den Weg. Die Initiativen gegen die Masseneinwanderung und zur Ausschaffung krimineller Ausländer gilt es nun zum Durchbruch zu verhelfen.

Vor Kurzem ergriff die Volkspartei zudem das Referendum gegen das revisierte Asylgesetz. Die SVP sammelt jetzt Unterschriften, damit die Attraktivität der Schweiz für Wirtschaftsflüchtlinge und illegale Einwanderer nicht noch weiter gesteigert wird. Das Volk wird dann an der Urne entscheiden können, ob jeder Antragssteller einen «Gratis»-Anwalt bekommen soll und ob der Bund für Asylzentren in sozialistischer Unsite Enteignungen durchführen kann.

«Willkommenskultur»-Wahnsinn

Verliert die SVP diese Abstimmung, werden weitere vollkommen falsche Signale nach Afrika, in die Türkei oder den Libanon gesendet. Welche unkontrollierbare Sogwirkung solche Botchaften auslösen können, demonstriert Deutschland mit seinem «Willkommenskultur»-Wahnsinn gerade auf äußerst bedrohliche Weise.

Bereits jetzt werden aber in der Schweiz verhältnismässig mehr Asylgesuche gestellt als im nördlichen Nachbarland. Zudem bahnt sich in unserem kleinen Land eine erneute asyl-

politische Eskalation an: innert wenigen Jahren explodierte einzig aufgrund eines Gerichtentscheides die Anzahl der hier ansässigen eritreischen Staatsbürgер auf fast 30 000 Personen. Davon leben knapp 90 Prozent voraussichtlich für Jahrzehnte von der Schweizer Sozialhilfe – und es werden immer mehr! Gegen den Missbrauch unserer humanitären Tradition durch Wirtschaftsflüchtlinge sowie durch die rot-grüne Asylindustrie wehrt sich die Volkspartei auf Bundesebene vehement.

Sicherheit der Bevölkerung für Linke zweitrangig

Die SVP leistet aber auch Widerstand im Kleinen, also in den Gemeinden. Der Einsatz gilt immer einer freien und sicheren Schweiz. So reichten Thomas Osbahr und ich im Stadtparlament das Postulat GR NR 2015/328 ein, um vor dem Hintergrund des bedrohlichen Anstiegs der Verbrechensrate zu erreichen, dass die Polizeiwache Altstetten auch an den Wochenenden geöffnet wird. Es ist wichtig, dass bei einem Verbrechen die Opfer rasch Hilfe erhalten. An

den Wochenenden finden die Opfer bisweilen jedoch keine Hilfe, sondern lediglich verschlossene Türen der Polizeiwache vor.

Die vornehmlich osteuropäischen Prostituierten bekommen bei den Sex-Boxen unterdessen während sieben Tagen die Woche «Betreuung» durch Sozialarbeiter. Die Sicherheit der eigenen Bevölkerung ist für den SP-dominierten Stadtrat aber zweitrangig.

Das schreiben die Linken sogar auf der offiziellen Internetseite der Stadt Zürich.

Somit verwundert es auch nicht, dass die rot-grüne Stadtregierung für allerlei überflüssige «Kunstprojekte», «Integrationsprogramme» oder eben linke Gesellschaftsexperimente Steuergelder mit der grossen Kehle verteilt und dabei einen riesigen Schuldberg anhäuft. Aber bei der Sicherheit der eigenen Bevölkerung wird dann gespart! Was wohl die vielen Opfer von Verbrechen und Gewalt zur dieser Geringsschätzung und zum Chaos linker Politik meinen? Denn nicht jeder kommt mit einem «blauen Auge» davon ...

Fahrzeugdiebstahl

+ 13,1 %

Fahrzeugeinbruchdiebstahl

+ 18,1 %

Raub mit Waffe

+ 33,3 %

Ladendiebstahl

+ 36,2 %

Hausfriedensbruch

+ 66,7 %

Vergewaltigung

+ 175 %

Sexuelle Nötigung

+ 400 %

Unzulässige Ausübung von Prostitution

+ 461,9 %

Veränderungen 2013/14, Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

TRANSPARENZ UND SCHÄRFERE GESETZE KÖNNEN BESTECHUNG NICHT VERHINDERN**Ein Wahlmodus für die FIFA**

Um Bestechungen und Mauschelen bei der Vergabe der Fussball-Weltmeisterschaft zu verhindern, sollte die FIFA nicht die Funktionäre besser überwachen, sondern den Wahlmodus ändern.


Martin Bürlmann
 Gemeinderat SVP
 Zürich

Die Fussball-Weltmeisterschaft alle vier Jahre ist der grösste Sportanlass aller Zeiten. Ticketverkauf, Sponsoring, Bau von Stadien und Fussball-Tourismus generieren Milliarden-Umsätze. Es ist klar, dass auch mit Tricks, Ellbogen und unschönen Mitteln um die Vergabe dieses lukrativen Anlasses gekämpft wird.

Die einzelnen Verbände der FIFA bestimmen 20 Fussball-Funktionäre für den Wahl-Ausschuss. Dieses Gremium

entscheidet abschliessend über die Vergabe der WM. Sind diese Funktionäre einmal gewählt, kann man sie nicht mehr absetzen.

Sie prüfen die Bewerbungen der einzelnen Länder und wählen ein Land aus, in dem dann die jeweils folgende WM durchgeführt wird. Es liegt auf der Hand, dass Bestechungsversuche stattfinden.

Funktionäre auslosen

Das Ergebnis ist stets knapp, bei der Fussball-WM in Deutschland ging es dem Vernehmen nach um zwei Stimmen. Die Versuchung ist gross, zwei von zwanzig älteren Herren zu bearbeiten, mit haufenweise Geld oder mit blutjungen Frauen.

Die Justiz und die FIFA wollen das Problem mit verschärfter Transparenz lösen.

Dies ist teuer und schwierig. Es gäbe eine elegante Lösung: Man könnte eine höhere Zahl Funktionäre in das Wahlgremium bestimmen und dann am Tag der Wahl auslosen, welche Funktionäre das Endergebnis wählen. Beispielsweise bestünde das Gremium aus 60 Funktionären, welche die Eingaben prüfen.

Am Tag der Wahl werden davon 20 ausgelost, diese bestimmen dann den Austragungsort.

Entscheidungsträger auslosen

Beim neuen Wahlmodus müsste man viel mehr Funktionäre bearbeiten. Dies würde die Mauschler mehr kosten. Vor allem wäre nicht mehr sicher, ob der Bestochene seine Stimme tatsächlich abgeben kann.

Weiter haben die Wahlmänner weniger Anlass, sich bestechen zu lassen, weil sie ebenfalls nicht garantieren können, dass sie ihre zugesagte Leistung erbringen, also ihre verfälschte Stimme abgeben können. Weiter ist das Risiko, entdeckt oder verpfiffen zu werden, bei 60 Funktionären viel höher als bei 20.

Einfach gesagt: Die Kosten für die Bestecher würden wachsen, die Bestochenen könnten ihre Leistung nicht garantieren und das Entdeckungsrisiko steigen.

Bei der Papstwahl dürfen die Kardinäle den Saal nicht verlassen, bis der Entscheid gefällt ist. Dies ist ein Mittel, das Bestechung erschwert.

Ein weniger einschneidendes Abstimmungsverfahren für die FIFA wäre das oben beschriebene, bei dem die Entscheidungsträger am Wahltag ausgelost werden.

Noch mehr Verkehr? Noch mehr Belastungen?


limmattalbahn-nein.ch

Deshalb am 22. November 2015
Masslose Limmattalbahn NEIN

Achtung!

Zahle **Höchst-**
preise für
alle Autos.
Komme bei Ihnen
vorbei.

Telefon
044 822 26 11

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Straßenbegleitpflanzungen

Jungpflanzen für Weihnachtsbäume

Wildverbiss-
und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!



Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

Erfolgreich
werben

im
«Zürcher Boten»
und
«Zürcher Bauern»



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich



Feierabendbier
mit Ständeratskandidat
Hans-Ueli Vogt

Freitag, 6. November 2015
18h30-20h30

Restaurant KEK
Johannisburgstrasse 11, 8700 Küsnacht
(Bus 912/919 bis Itschnach-Fallacher)

Alle sind willkommen!



Die Partei des Mittelstandes

Kantonale Delegiertenversammlungen 2016

2016 finden die kantonalen Delegiertenversammlungen wie folgt statt:

Donnerstag, 28. Januar 2016 – Wahlen Parteigremien

Donnerstag, 28. April 2016

Mittwoch, 24. August 2016

Dienstag, 1. November 2016

Sektionen, welche bereit sind, eine Delegiertenversammlung zu organisieren, sind gebeten, sich beim Parteisekretär Reinhard Wegelin sekretariat@svp-zuerich.ch oder Telefon 044 217 77 66 zu melden.

Herzlichen Dank!

IHR KLEININSERAT

Zürcher Bauer

Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser. Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/kleininserate

Preise

ZÜRCHER BAUER

ZÜRCHER BOTE

Kleininserat, 2 Zeilen

Fr. 22.–

Fr. 38.–

Kleininserat, 3 Zeilen

Fr. 33.–

Fr. 57.–

Kleininserat, 4 Zeilen

Fr. 44.–

Fr. 76.–

Keine Layoutanforderung möglich, wird korrekturgelesen.

Einsendeschluss

jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11

Jetzt handeln:

Kein Asylchaos à la Deutschland in der Schweiz!

Der Kanton Zürich braucht einen Ständevertreter, der sich ohne Wenn und Aber gegen die unkontrollierte Zuwanderung sowie gegen den Massenzustrom von Asylbewerbern einsetzt. Denn sonst haben wir bald eine 10-Mio. Schweiz und so chaotische Verhältnisse wie in Deutschland! Dafür kämpft Hans-Ueli Vogt:

- **Gegen den unkontrollierten Zustrom von Asylbewerbern – Deshalb: Keine Gratis-Anwälte für alle Asylbewerber!**
- **Sichere Arbeitsplätze für Schweizerinnen und Schweizer – Deshalb: Konsequente Umsetzung der Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung!**
- **Gegen ein EU-Diktat – Also kein Zwang zur Teilnahme an der EU-Asylpolitik, keine Unterwerfung unter EU-Gerichte, keine Zahlungen an überschuldete EU-Staaten!**

Darum am
22. November:

Hans-Ueli Vogt
in den Ständerat wählen

Jede Stimme zählt!



Unterschreiben Sie das Referendum «Gegen Gratisanwälte für alle Asylbewerber» auf www.gratisanwaelte-nein.ch

PS:

Weder SP-Ständerat Jositsch noch die Ständeratskandidaten Noser und Girod setzen sich gegen die Masseneinwanderung und offene Grenzen für alle Asylsuchenden ein! Zürich braucht deshalb ein Gegengewicht im Ständerat! Zürich braucht Hans-Ueli Vogt!



Die Partei des Mittelstandes

SVP-KANTONSFRAKTION**Kantonsrat / Fraktion**

Montag, 2. November 2015, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM**Bezirk Affoltern / Aeugst**

Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20:00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Bülach / Embrach

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf, Aesch, Uitikon, Urdorf

Samstag, 7. November 2015, 10.00–11.30 Uhr, im Bistro des AZAB (Alterszentrum am Bach), Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht

Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Meilen

Jeden zweiten Samstag (gerade Kalenderwochen), ab 10.30 Uhr, Restaurant Frieden, Rauchgässli 34, Meilen.

Bezirk Uster / Uster

Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Puurehuus, Fehrlitorferstrasse 8, Wermatswil.

Junge SVP Kanton Zürich

Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich.
Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2

Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 3

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 9.00 Uhr, Schützenhaus Albisgüetli, Uetlibergstrasse 341, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5

Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN**Bezirk Dielsdorf / Niederhasli**

Samstag, 7. November 2015, ab 19.30 Uhr, im Rest. Roter Apfel, Niederhasli, Martini-mahl mit Fondue Chinoise und Nationalrat Lukas Reimann. Kosten: Fr. 40.– (Apéro, Chinoise, Dessert). Anmeldung bis 2. November 2015 an philippe.chappuis@bluewin.ch oder 044 850 31 41.

IMPRESSUM**Zürcher Bauer**

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 63.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: bauerverband@zbv.ch. Ferdi Hodel (FH). Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, E-Mail: bauerverband@zbv.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** print-ad kretz gmbh, Tramstrasse 11, 8708 Männedorf, Telefon 044 924 20 70, info@kretzgmbh.ch. **Inserationschluss:** Dienstag, 17.00 Uhr. **Layout:** Sihldruck AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Ringier Print Adligenswil AG, Ebikonerstrasse 75, 6043 Adligenswil.

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf



Zweite Arbeitstagung Altersvorsorge 2020: „Ja zur Rentensicherung, nein zum Sozialausbau“

Alle interessierten Parteimitglieder und Sympathisanten sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Datum: **Samstag, 7. November 2015**

Türöffnung: 08:30 Uhr, Kaffee & Gipfeli, Dauer 09:00 - 12:30 Uhr

Ort: Hotel Kronenhof, Wehntalerstrasse 551, 8046 Zürich-Affoltern

Referenten**Begrüssung und Einleitung ins Thema: Bedeutung der Altersvorsorge**

Nationalrat Alfred Heer,
Präsident SVP des Kantons Zürich

**Was der Ständerat erreicht hat, weshalb die Reform nicht scheitern darf**

Alex Kuprecht, Ständerat SVP SZ,
Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

**Was konnten wir abwenden, was ist noch nicht erreicht?**

Roland Eberle, Ständerat SVP TG,
Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

**Lagebeurteilung: Herausforderungen der beruflichen Vorsorge - Lösungsansätze**

Hans Peter Konrad, Direktor ASIP
Schweizerischer Pensionskassenverband

**Weshalb der Vorschlag des Ständerates aus Sicht der Wirtschaft nachgebessert werden muss**

Martin Kaiser,
Schweizerischer Arbeitgeberverband

**Was aus der Sicht der KMU unbedingt zu beachten ist, um die Probleme nachhaltig zu lösen**

Kurt Gfeller,
Schweizerischer Gewerbeverband

**Konkrete Lösungsansätze in der Ersten Säule (AHV)**

Toni Bortoluzzi, Nationalrat SVP ZH, Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

**Konkrete Lösungsansätze in der Zweiten Säule (BVG)**

Dr. Andreas Lüthi,
Arbeitsgruppe Altersvorsorge SVP ZH

**Sechs Forderungen der SVP des Kantons Zürich**

Markus Binder,
Präsident Arbeitsgruppe Altersvorsorge SVP ZH

Mit Pause und Podiumsdiskussion im Anschluss an die Referate.**Anmeldeformular zur Arbeitstagung vom Samstag, 7. November 2015**

Ich melde mich zur Arbeitstagung an, mit Anzahl Personen.

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
per Fax: 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 7. November 2015, 09.00–12.30 Uhr, Hotel Kronenhof, Wehntalerstrasse 551, Zürich-Affoltern, Tagung Altersvorsorge u. a. mit den Nationalräten Alfred Heer und Toni Bortoluzzi sowie Markus Binder, Präsident Arbeitsgruppe AV 2020 SVP ZH. Kaffee und Gipfeli ab 8.30 Uhr. Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch, Fax 044 217 77 65.

VERANSTALTUNGEN MIT STÄNDERATSKANDIDAT HANS-UELI VOGT

Bezirk Meilen / Küsnacht
Freitag, 6. November 2015, 18.30–20.30 Uhr, Restaurant KEK, Johanniskirchstrasse 11, Küsnacht. Feierabendbier mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt. Es spielt das Quartett Amrein.